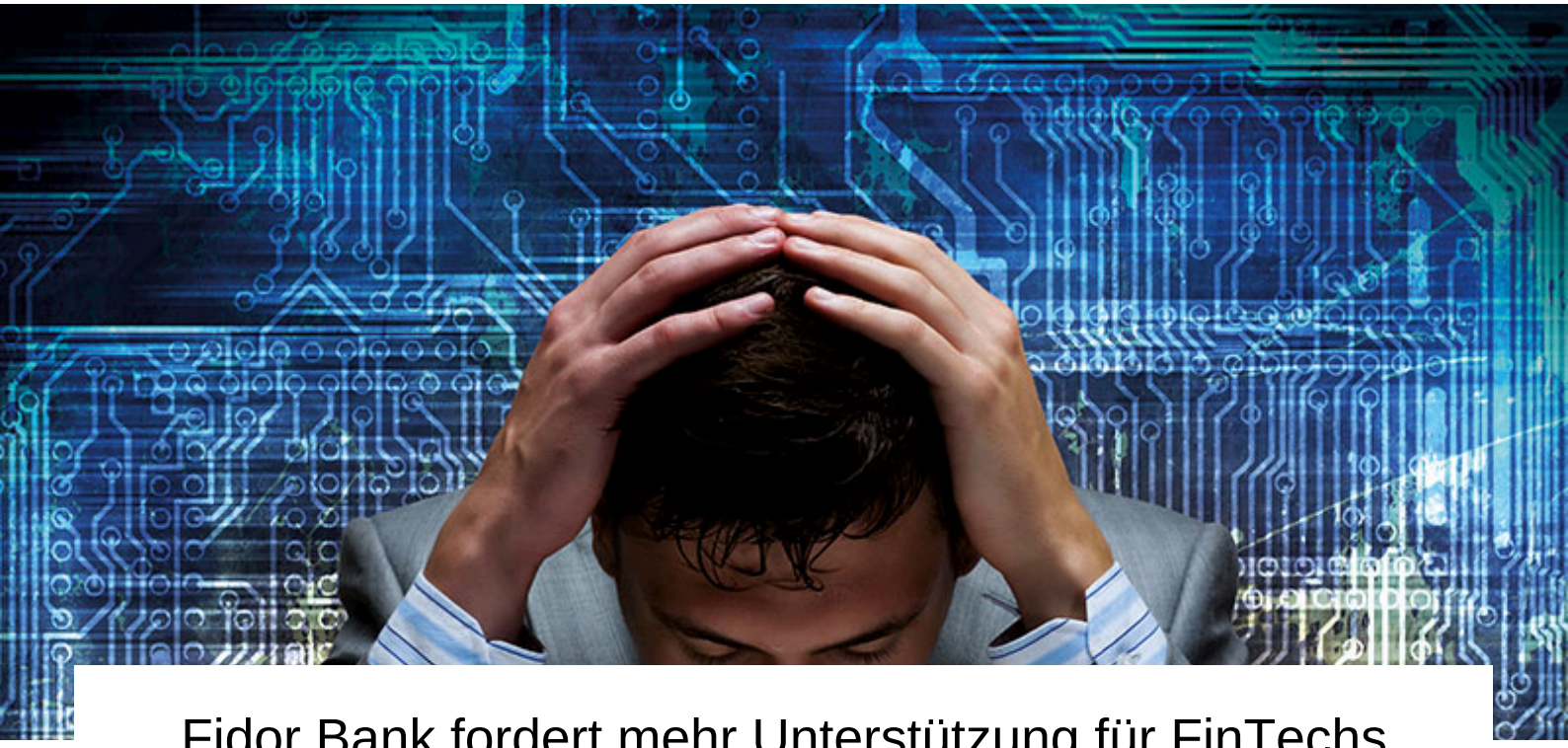
expertenReport



Fidor Bank fordert mehr Unterstützung für FinTechs

Im Rahmen des Bundestagsausschusses "Digitale Agenda" bezieht die Fidor Bank klar Stellung und fordert für die anstehenden Herausforderungen mehr Unterstützung von der deutschen Politik. "Weniger Regulierung, klare Richtlinien beim Umgang mit sensiblen Daten, mehr Transparenz der Datenströme und eine bessere Bekämpfung von Cyberkriminalität – hierfür muss der Gesetzgeber die Grundlagen schaffen", so Fidor-Chef Matthias Kröner.

Mit dem Ausschuss "Digitale Agenda" hat der Deutsche Bundestag ein ständiges parlamentarisches Gremium geschaffen, das sich aktuellen netzpolitischen Themen widmet und verschiedene Aspekte der Digitalisierung fachübergreifend diskutiert. Am vergangen Mittwoch lud der Ausschuss zum öffentlichen Fachgespräch "Digitalisierung der Finanzwirtschaft", bei dem sich Experten verschiedener Branchen den Fragen und Antworten der Ausschussmitglieder stellten. Die Fidor Bank war durch Stephan Czajkowsk, dem Head of Customer Service vertreten.

Vor einer ausführlichen Fragerunde wurde den Sachverständigen die Möglichkeit gegeben, ihre Position in einer eigenen Stellungnahme zu erläutern. Dabei forderte die Fidor Bank u.a. den Abbau unnötiger Regulierungen, durch die vor allem junge Unternehmen und FinTechs benachteiligt würden. Als Beispiel wird der Kontowechsel aufgeführt:

Das Europäische Parlament wollte am 23. Juli vergangenen Jahres eine kundenfreundlichere und einfachere Möglichkeit schaffen, das Bankkonto zu wechseln. Im deutschen Referentenentwurf wurde jedoch ein entscheidender Passus ergänzt, der den europäischen Vereinfachungsgedanken zunichtemacht: "Eine Ermächtigung bedarf der Schriftform". Nicht nur Kunden wären national schlechter gestellt worden, sondern auch das Geschäftsmodell von FinTechs, die den digitalen Umzugsservice anbieten, wäre admit ausgehebelt. Nur mithilfe der Intervention des bitkom konnte der Gesetzentwurf geändert werden. Disruptive Innovationen werden sich in der deutschen Finanzbranche im Vergleich zu anderen europäischen Ländern langsamer durchsetzen, wenn die Interessen der digitalen Finanzwirtschaft in der Beratung zu Gesetzentwürfen nicht von Anfang an berücksichtigt werden.

Beim Thema Datenschutz fordert Fidor mehr politische Initiative: Geräte wie Smartphones oder Wearables (z.B. SmartWatch) verraten als Steuerungsgeräte für das "Internet der Dinge" viel über ihren Besitzer. Daher müssen diese sensiblen, personenbezogenen Daten besonders geschützt werden. "Wie mit diesen Daten umgegangen wird, ist eine politische Aufgabe, die national und international mit einheitlichen Standards geregelt werden sollte", so Stephan Czajkowski.

Grundsätzlich benötigt das Internet jedoch freie Zugänge zu Inhalten, weshalb es keine Lösung ist, die Datenflut zu begrenzen. Dies steht nach dem Urteil des EuGH aus dem Oktober, welches "Safe Harbour" endgültig für ungültig erklärt, jedoch zu befürchten. Europäischen Unternehmen ist es nun nicht mehr gestattet, personenbezogene Daten in die USA zu übermitteln. Dazu Stephan Czajkowski: "Die Gefahr, dass Datenflüsse nun einseitig in ihren Inhalten beschränkt werden, ist jetzt natürlich sehr groß. Anstatt den Datenexport und-import zu behindern, wäre es jedoch weit zielführender durch eine Standardisierung des Umgangs mit Daten mehr Transparenz zu schaffen. Das gilt nicht nur für die Daten selbst, sondern ebenso für internationale Zahlungsströme. Passiert das nicht, bleibt die Rechtsunsicherheit."

Ein besonderes Anliegen der Fidor Bank ist der Kampf gegen Cyberkriminalität, da die Bank im Oktober 2014 selbst Opfer mehrerer DDoS-Attacken wurde. Weltweit gibt es täglich 400.000 Schadprogramme und drei neue kritische Schwachstellen in Betriebssystemen, die ein extrem hohes Risikopotential für alle IT-Systeme bedeuten und enorme Ressourcen binden. Die Fidor Bank fordert in diesem Zusammenhang den "massiven Aufbau" des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), welches zukünftig die modernste Anlaufstelle für Sicherheitsprobleme sein sollte. Aktuell erfüllt das BSI keine Vorbildfunktion, da es weder proaktiv noch präsent genug ist. Zudem müssen auch die Ermittlungsbehörden für die neuen Herausforderungen ausreichend gerüstet sein, um technologisch und kapazitativ mit den kriminellen Organisationen Schritt halten zu können. Im Fall der Fidor Bank wurden die Täter zwar ermittelt, aufgrund ihrer Verstrickungen in andere Cyber-Crime-Aktivitäten für den Angriff jedoch nicht haftbar gemacht.

"Es gibt auf allen Ebenen noch viel zu tun, um unsere Bürger, unsere Unternehmen und Institutionen für die Digitalisierung fit zu machen und ausreichend zu schützen. Wir hoffen hier auf die aktive Mithilfe der Politik", so Fidor-Chef Matthias Kröner. Die Fidor Bank selbst setzt auf ein zeitgemäßes Angebot für den digitalen Lebensstil und ist damit Vorreiter für das Banking von morgen.

Für ihren Social Banking-Ansatz und die konsequente Umsetzung der Prinzipien und Wirkmechanismen des Web 2.0. wurde das Unternehmen bereits mehrfach national und international ausgezeichnet: u.a. als "Global Growth Company 2014" vom Weltwirtschaftsforum, als "Model Bank of the Year" von Celent und als "Beste Direktbank" beim diesjährigen BankingCheck Award. Erst vergangene Woche erhielt das Fidor Smart Girokonto bei den Banking Technology Awards in London eine weitere Auszeichnung in der Kategorie "Best Use of IT in Retail Banking".

Bild: © Sergey Nivens / fotolia.com

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport

https://www.experten.de/id/4941964/fidor-bank-fordert-mehr-unterstuetzung-fuer-fintechs/